



www.lak-bawue.de

Vorstand:
(LAK-bawue-praesidium@studis.de)

Sebastian Maisch
(Uni Karlsruhe)

Hermann J. Schmeh
(Uni Freiburg)

Albrecht Vorster
(Uni Freiburg)

Datum: 08/05/2009

An die

Presse

Neues KIT-Gesetz untergräbt studentische Mitbestimmung und fördert Kriegsforschung

Am 8.5.2009 endet die Anhörungsfrist für den Referentenentwurf des KIT-Zusammenführungsgesetzes. Mit dem geplanten Gesetz sollen die Universität Karlsruhe und das Forschungszentrum Karlsruhe zu einem neuen, einheitlichen Rechtsträger zusammengeführt werden. Die Landes-ASten-Konferenz Baden-Württemberg (LAK-BaWü) sieht an diesem Entwurf allerdings noch starken Handlungsbedarf.

Auf Grund der guten Erfahrungen in der Vergangenheit wurde die studentische Mitbestimmung an der Universität Karlsruhe schrittweise ausgebaut. Dieser Gesetzesentwurf stellt nun einen deutlichen Rückschritt dar und zwar gegen den Willen aller Mitglieder der Universität, die sich stets für eine starke Mitbestimmung von Studierenden eingesetzt haben. Die Erweiterung bestehender Gremien durch Mitglieder des Forschungszentrums führt dazu, dass der Stimmanteil der Studierenden, die die größte Gruppe am zukünftigen Karlsruhe Institut für Technologie (KIT) darstellen, halbiert wird.

In anderen Bereichen hat man es versäumt eine fortschrittliche demokratische Struktur aufzubauen. So ist der Vorstand des neuen KIT Teil des Senates, was grundsätzlich dem Prinzip der Gewaltenteilung widerspricht. Es muss dem Senat, als demokratisch gewähltes Gremium, möglich sein, seiner Aufgabe als höchstes Kontrollorgan nachzukommen. Dies wird auch dadurch unterwandert, dass in Zukunft hauptsächlich die externen Mitglieder des Aufsichtsrates über die Interna des KIT entscheiden. "Gerade für die Studierenden ist diese Situation besonders prekär. Die Erfahrungen mit dem Hochschulrat an der Universität zeigen, dass dieser wenig Bezug zu den Belangen der Studierenden hat.", meint Sebastian Maisch, Vorsitzender des Unabhängigen Studierenden Ausschusses (UStA) der Universität Karlsruhe. Dazu kommt erschwerend, dass im Vorstand nicht, wie bisher, ein hauptamtliches Mitglied nur für die Lehre vorgesehen ist. Dazu sagt Noah Fleischer, Außenreferent des UStA: "Man kann an dem vorliegenden Entwurf leider nur zu gut erkennen, dass die Lehre am KIT nur noch eine sehr untergeordnete Rolle spielen soll. Es kann aber nicht im Sinne des Landes sein, die Ausbildung der Studierenden zugunsten exzellenter Forschung zu vernachlässigen."

Der Entwurf ignoriert zentrale Forderungen des Senates und der Studierenden der Universität Karlsruhe. Diese hatten in einer Urabstimmung im Januar mit deutlicher Mehrheit die Beschränkung der Forschung im gesamten KIT auf zivile Zwecke gefordert. Dies wird auch von den Beschäftigten des Forschungszentrums gefordert. Die Umsetzung dieser so genannten Zivilklausel wurde allerdings auf übergreifende Projekte zwischen den beiden Ursprünglichen Organisationen beschränkt. Das widerspricht dem Grundgedanken einer durchgängigen Verzahnung des Forschungszentrums mit der Universität.

Schon letztes Jahr hat sich der Senat der Universität auf Antrag der Studierenden für die Selbstverwaltung des AstA stark gemacht. Diese langjährige Forderung der Studierenden wird auch vom Wissenschaftlich-Technischen Rat des Forschungszentrums mit getragen. Die LAK-BaWü unterstützt die Forderung der Karlsruher Studierenden. "An einer modernen wissenschaftlichen Einrichtung wie dem KIT muss auch eine eigenständige politische Vertretung von Studierenden, wie sie in Hochschulen außerhalb Baden-Württembergs und Bayerns schon seit langem besteht, einen festen Platz haben.", sagt Albrecht Vorster, Präsidiumsmitglied der LAK-BaWü.

Für Rückfragen und O-Töne steht Ihnen Sebastian Maisch unter 0176-22955574 zur Verfügung.